Ortsverband Kitzingen

Artikel vom 03.02.2019

CSU Fraktion

Familienfreundliche Stadtpolitik, Bahnhof und Innenstadt

ergeben. Als die Zahlen mit der Planung konkreter wurden, errechnete der Volkacher Architekt Reinhold Jäcklein allerdings Kosten von rund 3,9 Millionen Euro. Obwohl sich auch die Förderung der Regierung von Unterfranken erhöhte, blieben Mehrkosten von rund einer halben Million Euro offen.

Das Würzburger Ordinariat hatte dazu vorgeschlagen, den Mehrbetrag in gleichen Teilen zwischen der Stadt Kitzingen und der Kirchenstiftung aufzuteilen. Diesem Antrag folgte der Stadtrat zwar mit großer Mehrheit (22:3), fügte aber in seinem Beschluss hinzu, dass keine weitere Erhöhung des Zuschusses erfolgen werde. Nachdem der Rat in einer früheren Sitzung bereits 0,9 Millionen Euro genehmigt hatte, beteiligt sich die Stadt nun mit 1,15 Millionen am Neubau des Kindergartens und dessen Erweiterung um zwei Krippengruppen.

Nicht am falschen Ende sparen

In der Diskussion gab Hartmut Stiller (CSU) gab seinen Ratskollegen zu bedenken, dass gerade bei einem Kindergarten nicht am falschen Ende gespart werden sollte. Zuvor hatten Jäcklein und seine Kollegin Julia Jordan das Projekt im Detail vorgestellt. Stephan Küntzer (CSU) als Referent für Jugend und Familie im Stadtrat beglückwünschte die Planer für den gelungenen Entwurf und freute sich, dass der Kindergarten, den er einst selbst besuchte, nun erneuert werde.

Für die Außenrenovierung der Kreuzkapelle in Etwashausen gewährte der Rat nach einem Antrag von Pfarrer Gerhard Spöckl einen Zuschuss in Höhe von zehn Prozent der Kosten, maximal 112 200 Euro. Die Gesamtkosten für die Renovierung der ab 1741 nach den Plänen von Balthasar Neumann errichteten und 1745 eingeweihten Sehenswürdigkeit, deren Grundriss auf dem früheren 50-Mark-Schein abgebildet war, belaufen sich auf geschätzte 1,1 Millionen Euro.

Geld für neue Kaimauer

Schnell abgestimmt waren die anstehenden Auftragsvergaben. Für rund vier Millionen Euro erhielt die Firma Mayerhofer aus Simbach am Inn den Zuschlag für den Bau einer neuen Kaimauer am Oberen Mainkai (23:1). Bereits im Jahr 2015 hatte der Stadtrat nach der Feststellung des maroden Zustands für einen Neubau und eine Neugestaltung des Oberen Mainkais gestimmt.

Anklang im Gremium fanden die Anträge der CSU-Fraktion, Stadtrat und Öffentlichkeit über die aktuelle Lage und das weitere Vorgehen am Bahnhof (20:3) und bei der Innenstadt-Entwicklung (18:7) zu informieren. "Es kam auch für uns sehr

Mainpost 02.02.2019

Dr. Stephan Küntzer (Referent für Jugend und Familie) und Hartmut Stiller (beide CSU Fraktion) setzen sich für eine familienfreundliche Stadtpolitik ein. Sie lassen nicht nur Worte für diese sprechen, sondern plädieren öffentlich für die Gewährung des beantragten Zuschusses des bischöflichen Ordinariats. So kann das wichtige Kindergartenprojekt (gegen die Stimmen der Freien Wähler!) in der Glauberstraße in KT weitergehen und die dringendst benötigten Kinderkrippen- und Kindergartenplätze errichtet werden. Ebenso fanden die Anträge des Fraktionsvorsitzenden Andreas Moser zur weiteren Vorgehensweise am Bahnhof und zur Innenstadtentwicklung Zustimmung im Ratsgremium.

Kein Knausern am falschen Ende war die Devise des Kitzingers Stadtrat. Ohne Diskussion gab es Geld für Kinder und Kirche. Um einen höheren Zuschuss für den Neubau des Kindergartens St. Johannes in der Glauberstraße hatte das Bischöfliche Ordinariat die Stadt Kitzingen gebeten. Aus einer ersten Schätzung hatten sich Gesamtkosten von 3,3 Millionen Euro ergeben. Als die Zahlen mit der Planung konkreter wurden, errechnete der Volkacher Architekt Reinhold Jäcklein allerdings Kosten von rund 3,9 Millionen Euro. Obwohl sich auch die Förderung der Regierung von Unterfranken erhöhte, blieben Mehrkosten von rund einer halben Million Euro offen. Das Würzburger Ordinariat hatte dazu vorgeschlagen, den Mehrbetrag in gleichen Teilen zwischen der

Stadt Kitzingen und der Kirchenstiftung aufzuteilen. Diesem Antrag folgte der Stadtrat zwar mit großer Mehrheit (22:3), fügte aber in seinem Beschluss hinzu, dass keine weitere Erhöhung des Zuschusses erfolgen werde. Nachdem der Rat in einer früheren Sitzung bereits 0,9 Millionen Euro genehmigt hatte, beteiligt sich die Stadt nun mit 1,15 Millionen am Neubau des Kindergartens und dessen Erweiterung um zwei Krippengruppen. Nicht am falschen Ende sparen In der Diskussion gab Hartmut Stiller (CSU) gab seinen Ratskollegen zu bedenken, dass gerade bei einem Kindergarten nicht am falschen Ende gespart werden sollte. Zuvor hatten Jäcklein und seine Kollegin Julia Jordan das Projekt im Detail vorgestellt. Stephan Küntzer (CSU) als Referent für Jugend und Familie im Stadtrat beglückwünschte die Planer für den gelungenen Entwurf und freute sich, dass der Kindergarten, den er einst selbst besuchte, nun erneuert werde. Für die Außenrenovierung der Kreuzkapelle in Etwashausen gewährte der Rat nach einem Antrag von Pfarrer Gerhard Spöckl einen Zuschuss in Höhe von zehn Prozent der Kosten, maximal 112 200 Euro. Die Gesamtkosten für die Renovierung der ab 1741 nach den Plänen von Balthasar Neumann errichteten und 1745 eingeweihten Sehenswürdigkeit, deren Grundriss auf dem früheren 50-Mark-Schein abgebildet war, belaufen sich auf geschätzte 1,1 Millionen Euro. Geld für neue Kaimauer Schnell abgestimmt waren die anstehenden Auftragsvergaben. Anklang im Gremium fanden die Anträge der CSU-Fraktion, Stadtrat und Öffentlichkeit über die aktuelle Lage und das weitere Vorgehen am Bahnhof (20:3) und bei der Innenstadt-Entwicklung (18:7) zu informieren. "Es kam auch für uns sehr überraschend, dass die Bahnhofshalle auf einmal abgesperrt war, obwohl im uns vorgelegten Kaufvertrag stand, dass die Halle offen zu halten sei", wunderte sich Bürgermeister Stefan Güntner (CSU), der stellvertretend für Oberbürgermeister Siegfried Müller die Sitzung leitete, über das Vorgehen des neuen Eigentümers. Keine weitere Grundsatzdebatte über das Notwohngebiet Abgelehnt wurde dagegen der KIK-Antrag, noch einmal eine weitere Grundsatzdebatte über die Immobilien im sogenannten Notwohngebiet in der Kitzinger Siedlung zwischen Egerländer Straße und Tannenbergstraße zu führen (2:22). Erst vor rund einem Jahr hatte der Stadtrat beschlossen, ein Konzept erstellen zu lassen, womit Ende Juli nach einer weiteren Abstimmung an das Nürnberger Büro Planwerk beauftragt wurde. Auch Bianca Tröge (ÖDP), Referentin für Soziale Stadt, lehnte den erneuten Vorstoß Klaus Christofs "mitten im laufenden Prozess" ab.